

## Teil I - Wirtschaftsstruktur

### 1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft des Gastlands

Japan gehört mit einer Bevölkerung von 127 Millionen Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 5,7 Mrd. USD (ca. 4,1 Mrd. EUR)<sup>1</sup> zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt. 2009 rangierte es mit einem Anteil von 8% am Weltoutput weiter auf Platz 2 direkt nach den USA, wobei sich abzeichnet, dass Japan in diesem Jahr von der VR China überholt wird. Der langfristige Trend, mit dem die Wirtschaft wächst, hat sich in Japan – bedingt durch die nur schleppende Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen, durch die Auswirkungen der Weltfinanzkrise und durch die demografische Entwicklung – abgeflacht. In Asien ist Japan die technologisch führende Wirtschaftsnation. Es verfügt über eine hoch entwickelte und exportorientierte Volkswirtschaft, die allerdings durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise einem schweren Belastungstest unterworfen wurde. Nach dem stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit dem Krieg wird es noch einige Jahre dauern, bis die ursprüngliche Auslastung wieder erreicht wird, Betriebe die Preise für ihre Produkte und Dienstleistungen anheben und Arbeitnehmer höhere Lohnforderungen durchsetzen können. Im vierten Vj 2009 lag die Wirtschaftsleistung erst wieder bei 94 v.H. des Vorkrisenniveaus; das Gesamtbild der Wirtschaftslage hat sich jedoch seit Jahresbeginn 2010 deutlich verbessert.

Japan gehört zu den größten Akteuren im Welthandel. Nach China, Deutschland und den USA belegt es bei den Exporten den 4. Platz, nach den USA, Deutschland, China und Frankreich den 5. Platz bei den Einfuhren. Bei der Überwindung der Wirtschaftskrise wurde deutlich, dass der Export weiterhin der wichtigste Wachstumsmotor ist und JPN besonders von der wirtschaftlichen Integration Asiens und dem Aufholprozess der asiatischen Schwellenländer profitiert. China ist inzwischen vor den USA der wichtigste Handelspartner Japans.

Japan steht unter einem großen strukturellen Anpassungsdruck, um dem wachsenden Wettbewerb mit den asiatischen Nachbarregionen standzuhalten. Die technologische Vorreiterposition war bislang eine Stärke JPN. Als zweitgrößte Forschungsnation liegt es bei den FuE-Ausgaben

<sup>1</sup> Durchschnittl. Kurs 2009: 1USD= 0,719EUR.

international an 2. Stelle hinter den USA. Die starke Konzentration auf den Automobilssektor sowie teure technologische Spitzenprodukte hat sich in der Krise als problematisch erwiesen, da der Absatz dieser Produkte besonders stark einbrach.

## 2. Struktur der Wirtschaft

Japans primärer Sektor ist mit einem Anteil von rund 1,7% des BIP und 5% aller Beschäftigten in diesem Sektor im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern noch relativ stark ausgeprägt, was in hohem Maße an den umfangreichen Agrarsubventionen liegt. Die Subventionen sind doppelt so hoch wie der OECD-Durchschnitt. Die Industrieproduktion macht in Japan ungefähr ein Viertel des BIP aus. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise war der industrielle Output zwischen September 2008 und Februar 2009 um ein Drittel geschrumpft, inzwischen (März 2010) ist der Produktionsindex der Industrie wieder auf 80 v.H. des letzten Quartals 2007 gestiegen. Der größte Sektor in Japan ist mit Abstand der Dienstleistungssektor, der zwei Drittel zum BIP und zur Beschäftigung beiträgt. Dabei spielt die Informations- und Kommunikationstechnologie eine zentrale Rolle. Der Gesundheits- und Pflegesektor gewinnt zunehmend an Bedeutung, wobei angesichts der Alterung der Gesellschaft bereits jetzt Fachkräftemangel spürbar wird.

Die japanische Wirtschaft ist von einem deutlichen Dualismus großer, international aktiver und exportorientierter Unternehmen und einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) geprägt, die sich in erster Linie am Binnenmarkt orientieren. Die Großunternehmen haben meist eine technologische Vorreiterstellung und sind häufig global, mit Schwerpunkt in Asien, aber auch in den USA und Europa, mit Produktionsstandorten vertreten. Zentrale Steuerungs- und Entwicklungsaufgaben verbleiben jedoch in Japan. KMU spielen eine wichtige Rolle für die Beschäftigung; dennoch hat der Mittelstand für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes nicht die gleiche Bedeutung wie in Deutschland. Die KMU sind bei weitem nicht so globalisiert wie die deutschen und stehen aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von ihren einzelnen Endabnehmern unter starkem Anpassungsdruck. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen in den ländlichen Regionen. Unabhängige, international aktive Mittelständler als Innovationsführer in bestimmten Segmenten, die das Bild der deutschen Industrielandschaft prägen, sind in Japan eher selten zu sehen.

Trotz der Bemühungen der japanischen Regierung, die Binnennachfrage zu fördern, bleibt Japans

Wirtschaft stark vom Export abhängig. Die Ausrichtung des Außenhandels hat sich in den letzten Jahren immer weiter in Richtung asiatischem Markt verlagert, wobei insbesondere China als Handelspartner für Japan immer wichtiger wird. Der seit dem letzten Jahr stark aufgewertete Yen setzt den Export deutlich unter Druck und dürfte mit dazu beitragen, dass schon bereits existierende Produktionskapazitäten im Ausland weiter stark genutzt bzw. in der Nähe relevanter Absatzmärkte neue Produktionskapazitäten aufgebaut werden.

Unter den Erwerbstätigen setzte sich der Trend zu einem stärkeren Auseinanderdriften der Einkünfte und der sozialen Absicherung zwischen regulären und nicht regulären Beschäftigten fort. So sind die mangelnde Absicherung der Leih- und Vertragsarbeiter und die allgemeine Dürftigkeit der hiesigen Lohnersatzleistungen und der sozialen Absicherung nicht nur ein Grund für die geringe Effektivität der „automatischen Stabilisatoren“ mit entsprechenden Konsequenzen für den privaten Verbrauch, sondern auch für die geringe Kinder- und Familienfreundlichkeit der Arbeitswelt. 34% aller japanischen Arbeitnehmer sind zwischenzeitlich in sog. atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Teilzeitarbeit, Leiharbeit, geringfähige Beschäftigung u.a.) tätig. Der Anteil der Frauen liegt bei 53,6%.

### 3. Wirtschaftslage und -perspektive

Japan wurde 2009 mit am härtesten von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Dabei war Japan zunächst von den Turbulenzen auf dem Finanzmarkt kaum tangiert worden. Doch im Sog der realwirtschaftlichen Krise und des Einbruchs des Welthandels schrumpfte Japans Wirtschaft so stark wie seit dem Krieg nicht mehr. Gleichzeitig leistete die japanische Regierung durch ihre Stimulusmaßnahmen im Rahmen ihrer Konjunkturprogramme einen enormen Stabilisierungsbeitrag in bisher nicht da gewesenem Umfang.

Im Kalenderjahr 2009 ging das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5,2% ggü. dem Vorjahr zurück (nach einem Rückgang um 2,1% im Jahr 2008). Japan war – unter anderem wechselkursbedingt - stärker als jedes andere G7-Land vom Außenhandelseinbruch betroffen. Von allen volkswirtschaftlichen Aggregaten brachen die Exporte am stärksten ein, sie sanken ggü. dem Vj. um real 24% (VGR-Statistik).

Detailrechnungen zum BIP zeigen: ohne die Ausgaben der öffentlichen Hand im Rahmen der

Konjunkturprogramme hätte der Rückgang der Binnennachfrage nicht bei 4%, sondern um rund 2 Prozentpunkte deutlich höher gelegen. Besonders stark rückläufig waren die unternehmerischen Investitionen (-19,3%) sowie die privaten Wohnungsbauinvestitionen (-14,2%). Am geringsten waren der Rückgang beim privaten Verbrauch (Konsum), der im Jahresverlauf um 1% zurückging, wobei hier die staatlichen Maßnahmen (Abwrackprämie, Ökopunktsystem zur Förderung von umweltfreundlichen Haushaltsgeräten etc.) eine stützende Rolle gespielt haben. Die Gehälter sind 2009 real um 1,1% gesunken, seit 2007 gab es keine Gehaltssteigerungen mehr.

Die japanische VGR-Statistik überraschte Analysten im Jahr 2009 durch ihre überdurchschnittlich große Revisionsanfälligkeit. Dies betraf vor allem den Bereich der unternehmerischen Investitionen. Der Revisionsbedarf war teilweise so groß, dass erste BIP-Schätzungen kaum noch als Richtschnur für die Lagebewertung herangezogen werden konnten. Das Cabinet Office arbeitet intensiv daran, die Statistik zu verbessern und dadurch eine verlässlichere Grundlage für die Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Der Arbeitsmarkt hat sich auch in der Krise bisher als recht resistent erwiesen, trotz des massiven Produktionseinbruchs lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2009 bei 5,1%. Ausgehend vom Höchststand im Juli 09 (5,7%), sank sie inzwischen auf ein Niveau von 4,9% im Februar 2010 (saisonal bereinigt). Allerdings darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Japan die Hauptleidtragenden der Krise Jugendliche und jüngere Arbeitnehmer sind. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag 2009 bei 9,1%.

Sorgenkind der Wirtschaftspolitik ist und bleibt die Preisentwicklung: bis ins Jahr 2012 hinein ist mit deflationären Preistendenzen zu rechnen, nachdem die Verbraucherpreise schon 2009 um 1,4% gesunken waren. Am aktuellen Rand wurde im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat ein Preisrückgang von 1,1% registriert. Ein Blick auf die nominalen Eckwerte verdeutlicht die Rolle des BIP-Deflators: das nominale (preisunbereinigte) BIP sank 2009 um 6,1%, die Nominallöhne um 4%.

Das Gesamtbild der Wirtschaftslage hat sich seit dem Jahresbeginn 2010 deutlich verbessert. Schon im Schlussquartal 2009 wurde wieder ein Wachstum von 0,9% gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Dabei leistete erstmals seit dem 2. Quartal 2008 die Binnennachfrage wieder einen deutlich positiven Wachstumsbeitrag. Die aktuellen Früh- und Stimmungsindikatoren sind im

Gesamtbild moderat aufwärtsgerichtet. Das zeigen u.a. die Auftragseingänge im Maschinenbau, der Einzelhandelsumsatz, der Neuwagenverkauf und der Produktionsindex der Industrie. Was die Kurzfristperspektive angeht, so gehen alle unabhängigen Beobachter davon aus, dass die befürchtete Gefahr einer doppelten Rezession erst einmal gebannt ist. Die japanische Volkswirtschaft erholt sich sichtlich, allerdings mit wenig Schwung. Exporte bleiben das Zugpferd, die Binnennachfrage hingegen ist recht schwach. Das betrifft insbesondere die unternehmerischen Investitionen und die Konsumnachfrage. Letztere wird auch von den rückläufigen Arbeitseinkommen gedämpft. Die JPN Regierung rechnet für das am 1. April beginnende neue Haushaltsjahr 2010/2011 mit einem realen BIP-Wachstum von 1,4%. Darauf basiert auch die Steuerschätzung, die dem neuen Haushaltsplan zugrunde liegt. Der IWF rechnet mit einem Wachstum von 1,7% im Kalenderjahr 2010 und von 2,2% im Jahr 2011.

#### 4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft, Außenhandel und Direktinvestitionen

Japan ist eine der führenden Handelsnationen. Auch im Interesse seiner eigenen Exportwirtschaft bemüht es sich seit den 90er Jahren um Öffnung seines Marktes. Es hat deshalb Zölle für Industriegüter weitgehend reduziert; jedoch bleiben die hohen Schutzzölle für landwirtschaftliche Güter bestehen. Es gibt jedoch erste Ansätze der Regierung Hatoyama, die auf eine grundlegende Umorientierung der Agrarpolitik hinauslaufen sollen, durch die mittel- bis längerfristig Möglichkeiten für einen Abbau der hohen Agrarzölle entstehen würden. Auch nichttarifäre Hindernisse wurden abgebaut, so dass der japanische Markt für ausländische Produkte deutlich offener geworden ist - wenn es auch nach wie vor in einigen Bereichen Verbesserungsbedarf gibt, z. B. bei der Zulassung von Medikamenten und der Vergabe öffentlicher Aufträge. In der jetzigen Krise ist Japan im wohlverstandenen Eigeninteresse einer der Hauptkämpfer gegen jede Art von aufkommendem Protektionismus.

Die **Entwicklung des JPN Außenhandels** im vergangenen Jahr bestätigte den bereits zur Jahresmitte 2009 erkennbaren Trend einer deutlichen relativen Erholung nach dem beispiellosen Einbruch zwischen Oktober 2008 und Januar (Ausfuhr) bzw. Februar 2009 (Einfuhr). Dabei profitierte Japan in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Integration Asiens und dem Aufholprozess der asiatischen Schwellenländer, insbes. Chinas. Bereits im Jahre 2007 stieg China zum wichtigsten Handelspartner Japans auf, 2009 stieg der Anteil Chinas am japanischen Export

von 16% (2008) auf 18,9%, der Asiens von 49,3% auf 54,2%. Damit war China erstmals größter Abnehmer japanischer Produkte.

Die Erholung des Außenhandels setzte bei den Ausfuhren früher ein und verlief kräftiger als bei den Einfuhren. Nominal betrachtet, sanken die Exporte im **Jahresvergleich** 2009 zu 2008 um 33,1% bzw. die Importe um 34,9% (Zahlungsbilanzstatistik). Die im Oktober einsetzende markante Verbesserung der Vergleichsdaten zum Vorjahresmonat (Ausfuhr im Dez. erstmals mit +12,1% positiv) hat hauptsächlich technische Gründe (Basiseffekt). Das Ausmaß der Krise und des Absturzes verdeutlicht erst ein Vergleich der Niveaus vom Dezember 2009 mit dem Höchstwerten im Juli 2008 vor dem Absturz im Herbst 2008: Sowohl bei der Ein- wie bei der Ausfuhr betrug der Rückgang zum Tiefpunkt Anfang 2009 (peak to trough) 54,3%. Trotz der o. g. Fortschritte lag das Niveau im Dez. 2009 immer noch um 29% (Ausfuhr) und 35,5% (Einfuhr) unter dem vom Juli 2008.

Die im Frühjahr 2008 einsetzende Verschlechterung und seit Oktober 2008 Passivierung der Handelsbilanz konnte bereits im Februar 2009 wieder umgekehrt werden. Seit dem Frühjahr 2009 werden wieder beträchtliche Überschüsse von monatlich etwa 300 – 800 Mrd. JPY erzielt. Bemerkenswert ist, dass die größten bilateralen Überschüsse wie auch Defizite um etwa 25 bis 50% abgenommen haben. Am stärksten fiel der Rückgang des jpn Überschusses mit der EU aus (-70,1% auf 1,24 Bio. JPY; 9,5 Mrd. €). Der Überschuss mit den USA sank um 47,5% auf 3,24 Bio. JPY (24,9 Mrd. €).

In der **Regionalstruktur** kam es zu erheblichen Verschiebungen. Die im Frühjahr einsetzende Erholung ging von CHN aus, das mit seiner Nachfrage den Handel in der gesamten Region einschl. JPNs belebte. Dadurch hat sich die Bedeutung Asiens und speziell CHNs für JPN weiter deutlich erhöht. 2009 gingen 54,2% (2008: 49,3% - Dez. 2009: 56%) der jpn Ausfuhren nach Asien (ohne Vorder- und Zentralasien); davon gingen alleine 18,9% nach CHN (16% - 19,8%). Bei den Importen betrug die Anteile Asiens 44,7% (2008: 40,6%) und CHNs 22,2% (18,8%). Demgegenüber sind die Anteile der USA und der EU an der jpn Ausfuhr weiter zurückgegangen: USA 16,1% (2008: 17,5%), EU 12,5% (14,1%). Dadurch hat sich CHN 2009 auch als Abnehmer an die erste Stelle der jpn Handelspartner geschoben. Bei den Importen stiegen die Anteile sowohl der USA (von 10,2% auf 10,7%) wie auch der EU (9,2% auf 10,7%).

Auch in der **Warenstruktur** haben sich durch die Wirtschaftskrise und Verschiebungen der Nachfragestruktur 2009 wichtige Verschiebungen ergeben. Auf der **Ausfuhrseite** (-33,1% ggü. Vorj.) verzeichneten anteilmäßig größten Warengruppen Transportausrüstungen (darunter v.a. Kfz) und der Maschinenbau überdurchschnittlich starke Einbrüche. Insgesamt gingen die Exporte von Transportausrüstungen um 41% zurück (Kfz sogar -51,3%), wodurch ihr Ausfuhranteil von 24,8% auf 21,8% (Kfz von 17% auf 12,4%) schrumpfte. Die bislang zweitwichtigste Warenhauptgruppe Maschinen erlitt mit -39,9% (dar. Baumaschinen -61,8%, metallbearbeitende Maschinen -55,4%) ebenfalls überdurchschnittliche Einbußen, wodurch ihr Anteil von 19,7% auf 17,8% sank.

Auch bei den **Einfuhren** wies die wichtigste Warenhauptgruppe (mineralische Brennstoffe) mit -48,7% den stärksten Rückgang auf, wodurch ihr Anteil von 35% auf 27,6% sank. Neben rückläufigen Importmengen bei Erdöl, Gas und Kohle von 10 – 15% spielen Preisrückgänge die wichtigere Rolle bei dieser Entwicklung.

Wichtigster Einzelfaktor, der kurzfristig immer wieder die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie beeinflusst hat, ist der **Wechselkurs des Yen**, der im Verlauf der Krise durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten heftigen Schwankungen unterworfen war. Diese Gefahr besteht grundsätzlich auch weiterhin. Der überdurchschnittliche Einbruch der JPN Exporte beruhte wesentlich auf dem nahezu parallelen scharfen Anstieg des Yenurses (€/Y Juli 2008:168,45; Februar 2009:118,30). Die neue Regierung hat zu diesem Thema einen bemerkenswerten Kurswechsel vollzogen. Hieß es im September 2009 noch, dass ein steigender Yen keine schlechte Sache sei, da er die Kaufkraft der Bevölkerung steigere, wurde bald darauf, teilweise auch öffentlich, eine aktivere Wechselkurspolitik der BoJ zur Unterstützung der Exportindustrie angemahnt.

Die größten Chancen und Herausforderungen für die JPN Industrie liegen in **Asien**, wo bereits heute das mit Abstand größte Nachfragewachstum liegt. Von dort kommen auch JPNs schärfste Konkurrenten, und das nicht nur aus CHN. Beispielsweise erscheint KOR besser positioniert, um vom Wachstum der umliegenden Märkte zu profitieren (Preisniveau der Produkte, Kostenstruktur). Die Probleme des bislang unangefochtenen Weltmarktführers und Flaggschiffs der JPN Exportindustrie, Toyota, konnten zu keinem ungünstigeren Zeitpunkt kommen. Sie weckten in JPN Befürchtungen, dass der international gute Ruf JPN Produkte insgesamt leiden könnte. Auch die

Strategie Toyotas u. a. JPN Hersteller, durch Vorsprünge bei „grünen Technologien“ (Hybridtechnik, Elektroantrieb) der internationalen Konkurrenz davonzufahren, könnte damit einen Rückschlag erleiden. Trotz der wachsenden Bedeutung der Absatzmärkte in Asien wird die JPN Automobilindustrie ohne eine baldige und nachhaltige Erholung der Märkte in Europa und in den USA einen Abbau erheblicher Produktionskapazitäten in JPN kaum vermeiden können.

Der Bestand der **ausländischen Direktinvestitionen in Japan** ist zwischen 1998 und 2008 von 26 auf 204 Mrd. USD angewachsen. Die mit Abstand wichtigsten **Herkunftsregionen für Direktinvestitionen in Japan** sind die EU mit 37% (75,6 Mrd. USD) und die USA mit 36,4% (74,3 Mrd. USD). An 3. Stelle folgt Lateinamerika (11,5%; 23,6 Mrd. USD). Allerdings entfallen rd. 75% der lateinamerikanischen Investitionen (17,4 Mrd. USD; 8,5%) auf die Cayman Inseln. Es darf davon ausgegangen werden, dass der Löwenanteil der Mittel aus diesem Finanzzentrum aus den USA und der EU stammt. Auch im Fall von Singapur (10 Mrd. USD; 4,9%) wird ein großer Teil dieser Investitionen seinen Ursprung nicht dort haben. Japan ist derzeit von allen OECD-Ländern das Land mit den derzeit niedrigsten ausländischen Beständen an Direktinvestitionen (Ende 2008: 3,3% des BIP).

Angesichts des Entwicklungsstandes der japanischen Volkswirtschaft, insbesondere seiner Industrie, überrascht es nicht, dass die **japanischen Direktinvestitionen** im Ausland mit 684 Mrd. USD (2008) die ausländischen Investitionen in Japan nahezu um das Dreieinhalbfache übersteigen. Die **japanischen Investitionen im Ausland** sind geographisch sehr viel breiter gestreut und das mit zunehmender Tendenz. 2000 entfiel fast die Hälfte des Bestandes der japanischen Auslandsinvestitionen auf die USA (47,6%, 45,1 Mrd. USD). Ende 2008 lag dieser Anteil bei 33,1% (159,6 Mrd. USD). Nahezu gleichauf lagen die Investitionen in der EU (2008: 23,7%, 2000: 19,3%) und Asien (23,3%, 18,1%). Überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten in diesem Zeitraum China (2008 7,2% des Bestands aller japanischen Auslandsinvestitionen), Indien (1,4%) sowie die ASEAN-Staaten (9,9%).

Vorläufigen Meldungen zufolge ist der Zufluss ausländischer Investitionen nach Japan 2009 um mehr als die Hälfte gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sein, wofür die Wirtschafts- und Finanzkrise und die schwachen Wachstumsaussichten in Japan verantwortlich gemacht werden. Für die japanischen Auslandsinvestitionen dürfte ein solcher Rückgang eher unwahrscheinlich sein, da die japanische Industrie für ihr Wachstum mehr denn je auf Präsenz in den Wachstumsmärkten der Zukunft, auch durch Investitionen angewiesen ist. Der derzeit hohe Yenkurs verschafft ihr dafür

günstige Voraussetzungen.

## Datenblatt zu Teil I des Jahreswirtschaftsberichts

Berichtsjahr 2009 (Die Angaben beziehen sich auf das Kalenderjahr 2009)

Ländername (Amtliche Bezeichnung in deutsch und Landessprache)	Japan, Nihon-koku	
BIP (real)	5.704,61 Mrd. USD (524,77 Bio. Yen)	
Bevölkerung in Mio.	127,3	
BNE/Kopf (2008)	38.210 USD	
Wachstum BIP real (Berichtsjahr, Vorjahr)	-5,2	-1,2
Preissteigerungsrate (Berichtsjahr, Vorjahr)	-1,4	1,4
Umfang Staatshaushalt in % des BIP	19,5	
Saldo Staatshaushalt in % des BIP	-8,3	
<b><u>Außenwirtschaft</u></b>		
Import in USD (Berichtsjahr, Vorjahr)	389 Mrd. USD	875 Mrd. USD
Export in USD (Berichtsjahr, Vorjahr)	410 Mrd. USD	897 Mrd. USD
Saldo Leistungsbilanz in % BIP (Berichtsjahr, Vorjahr)	2,5	3,2
Bruttoverschuldung in % des BIP	189,3	
Schuldendienst in % des BIP	4,2	
<b><u>Bilaterale Beziehungen</u></b>		
Export nach Deutschland in Euro (Berichtsjahr, Vorjahr)	18,116 Mrd. Euro	24,381 Mrd. EUR
Import aus Deutschland in Euro (Berichtsjahr, Vorjahr)	10,787 Mrd. euro	13,022 Mrd. EUR
Exporte in die EU in Euro	51,1 Mrd. Euro	74,79 Mrd. EUR
Importe aus der EU in Euro	41,8	43,70 Mrd. EUR
Akkumulierter Bestand deutscher Direktinvestitionen im Gastland (2008)	6592 Mio USD	
Nettozufluss deutscher Direkt-Investitionen (2009, 2008)	389 Mio. USD	1.185 Mio. USD
Investitionsschutzabkommen vom	./.	
Doppelbesteuerungsabkommen vom	22.04.1966, in Kraft seit 09.06.1967	

Wechselkurse der Bank von Japan (Stand am Jahresende):

2007: 1 EUR = 165,70 Yen, 1 USD = 113,12 Yen

2008: 1 EUR = 127,20 Yen, 1 USD = 90,28 Yen

2009: 1 Euro = 131,23 Yen; 1 USD = 92,06 Yen

## Teil II

### **Wirtschaftspolitik**

Im September 2009 kam es in Japan zum ersten echten Regierungswechsel in der Nachkriegsperiode, die abgesehen von einem kurzen Intermezzo Anfang der 90er Jahre politisch von der langjährigen Regierungspartei LDP dominiert wurde. Nach den Unterhauswahlen bildete die Wahlsiegerin DPJ mit zwei kleineren Parteien (SDP und PNP) eine Koalition. Der DPJ-Vorsitzende Yukio Hatoyama wurde zum Premierminister gewählt. Der stellvertr. Premierminister Naoto Kan ist seit Januar auch Finanzminister. Die DPJ hat zahlreiche Wahlversprechen im Bereich der Wirtschaftspolitik bereits umgesetzt, darunter die Kaufkraftstärkung der Bevölkerung, insbesondere der Familien mit Kindern durch Kindergelderhöhung und Befreiung von Schulgebühren. Auch der Stopp der Postreform (mit Ziel der Privatisierung) gehört dazu. Noch schließt die Regierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aus. Zu den größten Herausforderungen der japanischen Wirtschaftspolitik gehört die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Neuausrichtung der Wachstumsstrategie, die Bekämpfung der Deflation sowie die Konsolidierung der Staatsfinanzen.

#### 1. Fiskalpolitik

In den ersten 6 Monaten ihrer Regierungszeit konnte die DPJ-Regierung einige wenige sichtbare Erfolge hinsichtlich der Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Wahlversprechen feiern. Im Mittelpunkt standen angesichts der desolaten Haushaltslage die Umwidmungen von Haushaltsmitteln und der neue Haushaltsplan. Die exorbitante Staatsverschuldung engte die Spielräume der Regierung massiv ein. Dennoch fehlt bislang ein überzeugender Ansatz für einen langfristigen Abbau der Schulden. Es bleibt derzeit die wichtigste Aufgabe der japanischen Regierung, ihre wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit wieder zu gewinnen. Dafür wird sie in naher Zukunft um eine fundamentale Überarbeitung des Steuersystems und die schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht herumkommen. Letzteres hatte die Regierung für diese Legislaturperiode allerdings kategorisch ausgeschlossen.

Der fiskalische Manövrierraum der neuen Regierung ist aufgrund des hohen öffentlichen Schuldenstands (rd. 181% des BIP) gering. Der Staatshaushalt für das abgelaufene Fiskaljahr 2009 ging bei einem Haushaltsvolumen von 88,5 Bio. Yen (rd. 680,8 EURO; 1 EURO = 130 Yen) von einer Deckung durch Steuereinnahmen von nur 52,1% aus. Darüber hinaus wurden zwei

Nachtragshaushalte zur Finanzierung von Konjunkturmaßnahmen im Volumen von rd. 13,9 Bio. Yen (rd. 106,9 Mrd. EURO) verabschiedet. Das Haushaltsvolumen stieg damit auf insgesamt 102,47 Bio. Yen, die zusätzliche Kreditaufnahme führt zugleich zu einer Steuerdeckungsquote von nur 43% des Gesamthaushalts.

Der Staatshaushalt für das Haushaltsjahr 2010/2011 hat einen Umfang von 92,3 Bio. Yen (rd. 710 Mrd. EURO), gegenüber dem Vorjahreshaushalt ist dies ein Anstieg um 4,1%. Der Haushalt soll mit rd. 44,3 Bio. Yen über Kreditaufnahme finanziert werden (rd. 48% der Finanzmittel).

Steuereinnahmen werden mit rd. 37,4 Bio. Yen (rd. 287,7 Mrd. EURO) angesetzt, d.h. die Haushaltsausgaben werden nur noch zu rd. 40,5% aus dem Steueraufkommen finanziert werden können. Die darüber hinaus noch erforderlichen Mittel sollen verschiedenen „special accounts“ entnommen werden. Der Anstieg des Haushalts 2010/2011 gegenüber dem Vorjahreshaushalt geht im wesentlichen auf zusätzliche Ausgaben zur Umsetzung von Wahlversprechen der Regierungsparteien zur Familienförderung (Kindergeld, Freistellung von Schulgeld) zurück. Nennenswerte Kürzungen gegenüber den Vorjahresansätzen sind lediglich im Bereich „Öffentliche Aufträge“ zu verzeichnen (-18.3%).

Die Verschuldung wird daher weiter ansteigen, das Ziel, einen ausgeglichenen Primärhaushalt bis zum Fiskaljahr 2011 herbeizuführen, wurde letztes Jahr aufgegeben, konkrete Überlegungen für eine fiskalische Konsolidierungsstrategie bzw. eine Exitstrategie aus den Konjunkturprogrammen sind bislang nicht bekannt geworden. Eine deutliche Erhöhung des jetzigen Mehrwertsteuersatzes von 5% sowie eine Senkung des Körperschaftssteuersatzes (liegt an der Spitze der OECD-Länder) wird allgemein als notwendig empfunden; aus innenpolitischen Gründen hat die Regierung dieses Vorhaben einer Steuerstrukturreform bisher nicht angegangen. Unternehmensverbände fordern schon länger eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf mindestens 10%.

## 2. Geldpolitik

Der Yen ist konvertibel und floatet frei. Er hat im Gefolge der Krise seit Mitte 2008 erheblich an Wert gewonnen, im letzten halben Jahr wertete er um rund 11% (aktuell: 1 EUR= 125 Yen) gegenüber dem EUR und um rund 14% gegenüber dem USD (aktuell: 1 USD = 92 Yen) auf.

Die Geldpolitik ist nach wie vor von einem außergewöhnlich niedrigem Zinsniveau gekennzeichnet. Die Zentralbank (Bank of Japan-BoJ) operiert seit Dezember 2008 mit Quasi-Nullzinsen und

verfügt daher faktisch über keine konjunktur- oder währungspolitischen Zinsspielräume mehr. Sie stellt dem hiesigen Bankensystem allerdings seit dem Ausbruch der Krise in erheblichem Umfang Liquidität zur Verfügung. Im Frühjahr 2010 hat die BoJ unter dem Druck der Regierung eine Fortsetzung ihre Politik des „quantitative easing“ (fast zinslose Bereitstellung von Zentralbankgeld) angekündigt. Zuletzt kündigte sie Mitte März an, die Geldversorgung der Finanzinstitute auszudehnen und die für Dreimonatsgelder vorgesehenen Mittel um 10 Billionen Yen (80 Mrd. EUR, umgerechnet zu 1 EUR: 125 Yen) auf 20 Bio Yen zu verdoppeln. Die BoJ glaubt selbst nicht an die Notwendigkeit dieser Maßnahme, die auf Druck der Regierung ergriffen wurde, hat aber damit pro Forma für den Fall vorgesagt, dass es zu einer erhöhten Kreditnachfrage der Unternehmen kommen sollte. Bislang ist diese weiter rückläufig.

Die jüngere japanische Wirtschaftsgeschichte hat deutlich gemacht, dass die Überwindung der Deflationsspirale Voraussetzung für eine nachhaltige Erholung ist. Deflation hemmt Investitionen, zögert Kaufentscheidungen hinaus und bläht gleichzeitig den Schuldenstand weiter auf. Die japanische Industrie hat jüngst daran erinnert, dass für unternehmerische Entscheidungen die nominalen Werte entscheidender sind.

Das Verhältnis zwischen BoJ und Regierung war in den letzten Monaten nicht spannungsfrei. Aus Regierungskreisen ist derzeit verstärkt die Forderung nach einem formalen Inflationsziel der BoJ zu hören. Die BOJ lehnt dies strikt ab. BoJ-Gouverneur Shiragawa hat sich am 22. April 2010 in einer Rede vor dem Economic Club of New York sehr deutlich gegen mechanische Regeln für die Geldpolitik ausgesprochen.

### 3. Finanzmärkte

Die japanischen Finanzmärkte sind ab dem Herbst 2008 von den Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten nicht unberührt geblieben, haben sich aber im Verlauf des Jahres 2009 merklich gefestigt. Der noch Ende 2008 zu verzeichnende Aufwärtsdruck bei den Zinssätzen auf den Geldmärkten sank merklich in Reaktion auf die von der Bank of Japan ergriffenen Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Liquidität. Auch die Bedingungen an den Kreditmärkten haben sich generell verbessert. Die Entwicklung der japanischen Aktienkurse war im Vergleich zu der auf den Märkten in Europa und den USA schwach, nicht zuletzt ausgelöst durch die starke Yen-Aufwertung und die ungünstige Entwicklung des japanischen Außenhandels. Als Reaktion auf die ab Dezember 2009 von der Bank of Japan gewährten weiteren Erleichterungen im monetären Bereich ließ der

Aufwertungsdruck auf den Yen nach. In Verbindung mit der Verbesserung der außenwirtschaftlichen Faktoren entwickelten sich seither auch die Kurse japanischer Aktien günstiger. Nach wie vor kann aber noch keine volle Erholung der Finanzmärkte in Japan verzeichnet werden. So ist das Volumen der Transaktionen an den Geldmärkten unverändert gering. Die Entwicklung des Yen-Wechselkurses in 2009 war durch starke Schwankungen gekennzeichnet, auch wenn sie sich gegenüber dem US-Dollar zwischenzeitlich mehr oder weniger unverändert im Bereich 90 Yen bewegt. Die BoJ weist immer wieder darauf hin, in welchem Umfang die Entwicklung auf den japanischen Finanzmärkten wird abhängig von den weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen insbesondere in den USA und Europa ist. Im Vordergrund stehen dabei Besorgnisse hinsichtlich der Stabilität der Finanzsektoren der vorgenannten Regionen. Sollte diese sich verschlechtern, werden daraus resultierende belastenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft weltweit gesehen. Die damit einhergehenden negativen Rückkopplungen mit den japanischen Finanzmärkten werden als Risiko insbesondere für die Refinanzierung des japanischen Staatshaushalts und daraus folgend - über erhöhte Refinanzierungskosten – auch für die den privaten Sektor gesehen. In einem solchen Szenario sieht die BoJ das Risiko weitere Volatilität und Anfälligkeit für externe Schocks der japanischen Finanzmärkte .

#### 4. Struktur- und Sozialpolitik

Zum 1. April hat die DPJ einige Wahlversprechen zur Stärkung der Kaufkraft von Familien umgesetzt, die in den letzten Jahren besonders von den angestiegenen Bildungskosten tangiert wurden. Der Bildungssektor ist der einzige Sektor, in dem trotz deflationärer Phasen seit 1993 die Preise kontinuierlich gestiegen sind (um 20 Indexpunkte). So wurde am 1. April das Kindergeld nicht nur stark angehoben (ab April 13.000 Yen (104 EUR) monatlich pro Kind), es wird erstmals auch einkommensunabhängig ausgezahlt. Der Erlass von Schulgebühren für staatliche Oberschulen und die Bezuschussung von Schülern auf privaten Oberschulen mit 120.000 Yen (960 EUR) jährlich/pro Schüler gilt ebenfalls seit April diesen Jahres. Des Weiteren hat die Regierung die Privatisierung der Post angehalten und damit die wichtigste Strukturreform der Regierung Koizumi revidiert.

Die japanische Politik ist weiterhin nur zögernd dabei, in der Struktur- und Sozialpolitik die richtigen Konsequenzen aus der Krise zu ziehen. Im Gegenteil: Im wirtschaftspolitischen Arsenal der Regierung Hatoyama sind so gut wie keine strukturpolitischen Ansätze erkennbar. Das

Hauptaugenmerk liegt wie schon bei den Vorgängerregierungen auf einer an der Nachfrage orientierten Politik, um den Wirtschaftskreislauf zu stabilisieren. Nunmehr wird aber verstärkt erkannt, dass es längerfristig einer beherzten Reformpolitik gerade im Bereich der sozialen Sicherungssysteme bedarf, um das japanische Wachstum auf neue Grundlagen zu stellen. Die Regierung Hatoyama hat am 19. März einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Zeitarbeit in Japan vor allem im produzierenden Gewerbe einschränkt. Dadurch soll der finanzielle und soziale Abstand zwischen Zeitarbeitern und Festangestellten schrumpfen. Die DPJ erfüllt damit ein weiteres Wahlversprechen. Das Gesetz soll schrittweise bis 2013 in Kraft treten.

Die unzureichende ärztliche Versorgung und medizinische Absicherung sowie das geringe und zudem sinkende Rentenniveau werden als eine Ursache für die schwache Binnennachfrage erkannt. Schließlich gilt es auch die Rolle der Frau zu stärken und die Kinderbetreuung auszubauen, will Japan nicht auch in Zukunft auf das bisher weitgehend ungenutzte Kreativitätspotential einer Hälfte der Bevölkerung verzichten. Dass dies alles nicht zu haben ist ohne eine grundlegende Reform des Steuersystems mit einer drastischen Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bei gleichzeitiger moderater Absenkung des Einkommenssteuerhöchstsatzes, hat der hiesige Unternehmensverband Keidanren zwar schon erkannt, ist aber bei den Politikern noch nicht Allgemeingut geworden.

### 5. Außenwirtschaftspolitik

Für Japan als exportorientierte Volkswirtschaft hat die Sicherung von Absatzmärkten für seine Exportprodukte größte Priorität. Die Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und Energie erhält darüber hinaus in Anbetracht einer tendenziell zunehmenden Nachfrage und künftig zu erwartender Preissteigerungen wachsende Bedeutung. Grundsätzlich setzt Japan auf multilaterale Lösungen im Rahmen der WTO, sieht aber durch Entwicklungen in seinem Umfeld auch die Notwendigkeit, dieses Ziel durch bilaterale Vereinbarungen, z. B. Freihandelsabkommen oder wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen, zu erreichen. Der Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen Südkorea und der EU hat den Druck auf die japanische Politik weiter erhöht. Überlegungen zu Freihandelsabkommen zwischen den großen Industriemächten werden immer wieder diskutiert und von Wirtschaftsverbänden gefordert. Ein Abkommen mit der EU ist daher ein wichtiges Anliegen für Japan.

Japan versucht dabei, nicht nur Freihandelsabkommen abzuschließen, sondern sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu erreichen, die die Wirtschaftsbeziehungen insgesamt regeln, wie z.B. den

Schutz von Investitionen und geistigem Eigentum oder die öffentliche Auftragsvergabe. Die Bedürfnisse der japanischen Exportindustrie sind dabei vorrangig, deren Ziel es ist, ihre transnationalen Produktionsnetzwerke in Asien möglichst kostengünstig zu betreiben und weiter auszubauen. Zwischenprodukte sollen möglichst flexibel, d.h. ohne Einfuhrbeschränkungen, an den jeweiligen Fertigungsort gelangen; die Fertigprodukte sollen wiederum möglichst ungehindert von Zollschranken abgesetzt werden können. Im Gegenzug muss Japan regelmäßig Zugeständnisse beim Marktzugang für landwirtschaftliche Produkte, in Einzelfällen auch beim Zugang ausländischer Arbeitskräfte machen. Energie- und ressourcenpolitische Erwägungen gewinnen in den japanischen Freihandelsabkommen zunehmend an Bedeutung.

#### 6. Zusammenfassende Bewertung, Perspektiven

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat strukturelle Probleme zu Tage gebracht, denen Japan sich stellen muss. Bei der Überwindung der Krise wurde überdeutlich, dass ohne die Dynamik der Exporte kein echter Aufschwung möglich ist. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass die Regional- und Warenstruktur der japanischen Ausfuhren bisher zu sehr auf die amerikanische Endnachfrage nach Autos und Elektroprodukten ausgerichtet war. Zudem besteht nunmehr die Gefahr, dass die Abhängigkeit von China zu groß wird. Angesichts des starken Yens sind die Wettbewerbsvorteile durch eine unterbewertete Währung dahin. Andere, billigere Anbieter wie China und Korea sind in der Lage, ähnlich gute Produkte herzustellen. Der Ausbau bereits im Ausland befindlicher Produktionskapazitäten bzw. Aufbau neuer Produktionsstätten im Ausland dürfte daher für die Großunternehmen zunehmend eine Option werden.

Die japanische Regierung ist sich dessen bewusst, dass die aktuelle japanische Industriestruktur trotz der steigenden Exporte auf Dauer kein Garant für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes ist. Das hiesige Wirtschaftsministerium (METI) hat daher eine Arbeitsgruppe zur Industriestruktur Japans ins Leben geworfen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass sich die japanische Industrie auch bzgl. Produktstruktur und –gestaltung künftig deutlich stärker als bisher auf die asiatischen Nachbarregionen ausrichten muss. Doch auch die Politik muss sich der Aufgabe stellen, die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft an das härtere Konkurrenzumfeld anzupassen. Es gilt, die Produktivität in allen Bereichen der Volkswirtschaft zu steigern, will das Land bei einer rapide alternden Bevölkerung sein Potentialwachstum sicher auf ein Niveau von etwa 2% heben. Hierzu gehört insbes. auch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Frauenerwerbstätigkeit. Die OECD hat daher deutlich

Strukturreformen angemahnt.

Die Wirtschaftskrise hat die Regierung und die Zentralbank an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gebracht. Eine glaubwürdige Strategie zur Rückführung der Staatsverschuldung sollte nicht nur angesichts der demografischen Lage, sondern auch zur Verbesserung künftiger Handlungsspielräume prioritär sein. Schließlich gilt: Nach der Krise ist vor der Krise.